

Verantwortung ernst nehmen!

Antragsteller*innen:

Ariel-Salomon Gutman, Jüdische Hochschulgruppe Kiel

Finn Priedat, Hochschulgruppe Junges Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft
Kiel

Malte Pauquet, HSG - gegen Antisemitismus

Antrag:

Am 7. Oktober, dem jüdischen Feiertag Simchat Torah, begann ein großangelegter Angriff der Hamas auf Israel. Mehr als 1200 Menschen wurden bei diesem barbarischen Terrorangriff der Hamas ermordet. Seitdem fliegen wieder Molotov-Cocktails auf Synagogen, Häuser von jüdischem Mitbürger*innen werden wieder mit Davidsternen markiert und pro-israelische Kundgebungen werden verbal oder körperlich angegriffen. Antisemitismus wird auf deutschen Straßen gefeiert und Mordaufrufe an Jüdinnen*Juden sind die Regel. Jüdinnen*Juden bangen um ihre Sicherheit. Auch in Deutschland spricht man von einem sprunghaften Anstieg der Antisemitismusfallzahlen. Allein in Schleswig-Holstein wurden im Monat nach Terrorangriff] doppelt so viele Fälle registriert, wie im gesamten vergangenen Jahr.

Wir, die Student*innen der CAU, verurteilen dies zutiefst und sprechen allen jüdischen und israelischen Studierenden im ganzen Land unser tiefstes Mitgefühl und unsere Solidarität aus. Wir stehen fest und unverbrüchlich an eurer Seite!

Verantwortung ernst nehmen!?!?!?

Im September 1920 war an der Christian-Albrechts-Universität eine Vortragsreihe mit Albert Einstein zu seiner bekannten Relativitätstheorie geplant. Die antisemitische geprägte "Arische/Deutsche Physik" hatte mit dem Kieler Nobelpreisträger Philip Lennard in Kiel an der CAU einen prominenten Vertreter. Moderne physikalische Theorien u.a. auch die Relativitätstheorie wurden als dezidiert jüdisch bezeichnet und somit abgelehnt. Die Universität weigerte sich, Albert Einstein einen Raum zuzuteilen. Die Stadt Kiel schloss sich dem an, sodass das Stadttheater auch nicht zur Verfügung stand. Einzig und allein das Gewerkschaftshaus stellte seine Räumlichkeiten am 15. September 1920 zur Verfügung und die Vorlesung zog Tausende Zuhörer an.

Im direkten Umfeld vom Universitätscampus existiert eine Straße mit dem Namen "Meyerhofstraße". Otto Fritz Meyerhof war ein jüdischer Professor, der für Kiel 1922 den Nobelpreis "nach Hause" holte. 1940 musste er vor den Nazis in die USA fliehen.

Straßenumbenennungen sind begrüßenswert, reichen aber nicht aus, um seiner historischen Verantwortung gerecht zu werden. Gerade Universitäten, Studierende und Dozierende haben bei der Verbreitung von antisemitischem Gedankengut in der Weimarer Republik eine zentrale Rolle gespielt. So schreibt beispielsweise die Abteilung Regionalgeschichte der CAU:

"Vor 90 Jahren, am 10. Mai des Jahres 1933, brannten in Kiel die Bücher. Zu nächtlicher Stunde setzte sich ein Fackelzug in Bewegung, um von der Universitätsaula der Christian-

Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) zum zentralen Wilhelmplatz zu marschieren. Dort fand der Höhepunkt der sogenannten Aktion „wider den undeutschen Geist“ statt: Wie in zahlreichen anderen Universitätsstädten fiel die von der Deutschen Studentenschaft, in ihren schwarzen Listen aufgeführte „verbrennungswürdige“ Literatur auch in Kiel den Flammen der Scheiterhaufen zum Opfer. Nur kurz zuvor hatte der Kieler Philosophieprofessor Ferdinand Weinhandl auf einer Versammlung in der vollbesetzten Aula seine Gefolgschaft mit martialischen Worten auf die Bücherverbrennung eingestimmt: „In einer Stunde wird die deutsche Studentenschaft ein Stück des Ungeistes der letzten vierzehn Jahre den Flammen übergeben.“

Angesichts dieser institutionellen Verantwortung und der aktuellen Situation für Jüdinnen*Juden muss sich die CAU mit all ihren Mitgliedern der Frage stellen: Bleibt Nie Wieder nur ein Lippenbekenntnis? Reicht uns das rituelle Lippenbekenntnis „Nie Wieder“ am 9. November und 27. Januar? Wir fordern: Erinnern muss Handeln heißen!

Erinnern heißt handeln!

Wir fordern die Universität Kiel auf, die IHRA-Definition als die allgemeingültige Arbeitsdefinition für Antisemitismus zu etablieren.

Die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance lautet wie folgt: *„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“*

Auf dem Internetauftritt des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus heißt es:

„Mit der sogenannten 3D-Regel lässt sich bestimmen, ob es sich bei einer Äußerung lediglich um Kritik an Israels Politik handelt oder die Grenze zum Antisemitismus überschritten wird: Das ist der Fall, wenn Doppelstandards, Delegitimierung oder Dämonisierung Israels im Spiel sind.“

Diese 3D-Regel ist auch in den Beispielen der IHRA-Definition berücksichtigt. Wir fordern die Christian-Albrechts-Universität auf, die 3D-Regel und IHRA-Definition als allgemeingültige Arbeitsgrundlage im Umgang mit Antisemitismus auf dem Campus zu etablieren. Es kann nicht sein, dass Fußballvereine, wie Schalke 04 diese Definition anerkennen, während in der *„Richtlinie zum Umgang mit Diskriminierung, sexualisierter Gewalt und Mobbing an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel vom 26. Mai 2020“* das Wort Antisemitismus nicht einmal fällt.

Jüdische Perspektiven? Ja, Bitte!

Wir treten ein für mehr Sichtbarkeit jüdischer Perspektiven, jüdischen Lebens und jüdischer Gegenwartsforschung. Die jüdische Diaspora hat in Deutschland eine 1.700 Jahre alte Geschichte und Tradition. Warum beschäftigen sich Forschungsprojekte an der CAU nur mit jüdischer Geschichte vor 1945 und nicht auch mit dem modernen jüdischen Leben in der Bundesrepublik Deutschland? Wir fordern mehr jüdische Gegenwartsforschung an unserer Universität.

Mehr als 95 % der Juden in Deutschland haben eine Migrationsgeschichte. In diesem Kontext möchten wir Hochschulgruppen und Fachschaften an der CAU an ihrem eigenen Anspruch messen. Wir fordern jede beteiligte Fachschaft und Hochschulgruppe auf, auf die diversen

jüdischen Perspektiven aufmerksam zu machen und einseitige Solidaritätsbekundungen zu vermeiden.

Wie kann es sein, dass dies im öffentlichen Diskurs bestimmter Fachschaften und Hochschulgruppen keine Rolle spielt? Warum werden jüdische Perspektiven in diesen Debatten nicht einbezogen bzw. gezielt ausgeschlossen?

Bei alledem ist für uns klar: Der Kampf gegen jeden Antisemitismus und Rassismus dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Internationaler Austausch? Auch mit Israel!

Die Christian-Albrechts-Universität bezeichnet sich per se als "Weltoffene Hochschule". Seit dem 11.11.2015 nimmt die CAU teil an der Bundesaktion "Weltoffene Hochschulen – Gegen Fremdenfeindlichkeit". In der Stellungnahme der Hochschulrektorenkonferenz heißt es: *„Hochschulen sind weltoffene Orte. Meinungsvielfalt und internationaler Austausch sind Grundlagen ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit. Angesichts der derzeit erkennbar zunehmenden fremdenfeindlichen Tendenzen fühlen sich die Hochschulen aufgerufen, für diese Werte offensiv einzutreten“*. Dies sehen wir in der aktuellen Situation nicht für israelische und jüdische Studenten*innen gewährleistet. Universitäten sollten Safer Spaces für alle sein. Jüdische und israelische Studierende sollten während solch schrecklicher Ereignisse besondere Unterstützung erfahren.

Im Kontext einer weltoffenen Universität fordern wir eine israelische Partneruniversität fächerübergreifend für Kiel, um den internationalen Austausch unter Forschenden und Studierenden zu fördern. Als Kieler Studentenschaft setzen wir uns dezidiert für eine israelische Partnerstadt ein.

Gleiche Chancen in Studium, Lehre und Forschung?

An bestimmten jüdischen Feiertagen und auch Schabbat gilt der orthodoxen jüdischen Tradition nach ein striktes Schreib- und Arbeitsverbot. Jüdische Studierende, die dies in der Vergangenheit einhielten, mussten auf ihren akademischen Fortschritt verzichten. Dies kann und darf nicht die Absicht einer Universität sein, die *“allen Mitgliedern (...) unabhängig von (...) Religion (...) die gleichen Chancen in Studium, Lehre, Forschung und Verwaltung (...)”* ermöglichen will. Wir fordern: Keine Prüfungen an jüdischen Feiertagen! Falls eine Prüfung dann doch an einem Feiertag stattfindet, muss ein Ersatztermin angeboten werden. Wir fordern die Universität auf, dies in den entsprechenden Studienordnungen zu ändern. Schließlich ist es in Schleswig-Holstein laut § 3 Abs. 5 des Hochschulgesetzes die Pflicht der Hochschule die *“Vielfalt ihrer Mitglieder und Angehörigen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben”* zu berücksichtigen. Beispielsweise verpflichtete sich die Ruhr-Universität Bochum (RUB) im Jahr 2020 dazu, künftig Prüfungstermine so festzulegen, dass sie nicht mit religiösem Arbeitsverbot oder hohen Feiertagen einer Religionsgemeinschaft kollidieren.

Antisemitismus ist ein tief verwurzeltes gesamtgesellschaftliches Problem. Deshalb sind Universitäten und Forschung nicht frei von Antisemitismus. Im Kampf gegen jeden Antisemitismus ist es daher unabdingbar, dass es an der CAU künftig eine*n Beauftragte*n für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus gibt.

Forderungen kurz zusammengefasst:

Das Studierendenparlament verurteilt zutiefst den Terrorangriff der Hamas auf Israel. Das StuPa spricht allen jüdischen und israelischen Studierenden im ganzen Land sein tiefstes Mitgefühl und seine Solidarität aus.

Das Studierendenparlament erkennt an, dass jüdisches Leben ein essentieller Bestandteil dieses Landes ist.

Das Studierendenparlament fordert die Universität Kiel auf, die IHRA-Definition und die 3D-Regeln als die allgemeingültige Arbeitsdefinition für Antisemitismus zu etablieren.

Das Studierendenparlament fordert jede beteiligte Fachschaft und Hochschulgruppe auf, auf die diversen jüdischen Perspektiven aufmerksam zu machen und einseitige Solidaritätsbekundungen zu vermeiden.

Das Studierendenparlament fordert eine israelische Partneruniversität für die Christian-Albrechts-Universität, um den kulturellen und akademisch-wissenschaftlichen Austausch fächerübergreifend zu fördern und zu vertiefen. Das Studierendenparlament setzt sich in diesem Kontext auch dezidiert für eine israelische Partnerstadt für die Stadt Kiel ein.

Das Studierendenparlament fordert: Keine Prüfungen an jüdischen Feiertagen! Falls eine Prüfung dann doch an einem Feiertag stattfindet, muss ein Ersatztermin angeboten werden. Die entsprechenden Studienordnungen müssen geändert werden, um dies zu berücksichtigen.

Das Studierendenparlament erkennt an, dass Antisemitismus ein tief verwurzeltes gesamtgesellschaftliches Problem ist. Deshalb sind Universitäten und Forschung nicht frei von Antisemitismus. Im Kampf gegen jeden Antisemitismus ist es daher unabdingbar, dass es an der CAU künftig eine*n Beauftragte*n für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus gibt.

Quellen:

<https://www.diversitaet.uni-kiel.de/de>

<https://www.uni-kiel.de/de/universitaet/familie-vielfalt#>

<https://www.bundestag.de/resource/blob/952770/b8767b0a70bbddd21225f23f872cdab3/WD-8-023-23-pdf-data.pdf>

<https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/jlr-HSchulGSH2016V11P3>

https://www.kiel-wiki.de/Albert_Einstein

https://www.histsem.uni-kiel.de/de/das-institut-1/abteilungen/regionalgeschichte-mit-schwerpunkt-schleswig-holstein/Themenabend%20Mai%202023_Flyer.pdf